



Nina Stahr

Bewerbung um die Direktkandidatur für Steglitz-Zehlendorf

Liebe Freundinnen und Freunde!

Steglitz-ZehlendorferInnen wollen sich einmischen. Bei der Bundestagswahl 2009 hat unser Bezirk mit 79,5 Prozent eine der höchsten Wahlbeteiligungen bundesweit erreicht. An der Abstimmung zur Umbenennung der Treitschkestraße haben sich 71 Prozent der wahlberechtigten AnwohnerInnen beteiligt und auch die große Zahl an Runden Tischen und Bürgerinitiativen im Bezirk zeigt, dass den Menschen hier nicht egal ist, was um sie herum passiert. Nichtsdestotrotz bemerken wir auch in Steglitz-Zehlendorf, dass die Politikverdrossenheit zunimmt. Das Niveau ist zwar noch immer hoch – doch auch bei uns befindet sich die Wahlbeteiligung im Abwärtstrend. Im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern höre ich immer wieder den Vorwurf, dass Politikerinnen und Politiker nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht und nicht mehr aufrichtig sind. Auch in Steglitz-Zehlendorf verlieren die Menschen immer mehr das Vertrauen in die Politik. Dem gilt es entgegenzuwirken!

Mehr Teilhabe schützt unsere Demokratie!

Unsere Demokratie ist gerade einmal sechzig Jahre alt. Während die umgreifende Politikverdrossenheit sie schleichend aushöhlt, müssen wir uns fragen, welche Reformen nötig sind, um ihre Akzeptanz zu erhalten. Dafür brauchen wir eine neue Politik der Teilhabe. Bürgerinnen und Bürger müssen zum einen besser darüber informiert werden, welche Entscheidungen die Parlamente warum treffen. Ein solches Verhalten bringt den BürgerInnen die Wertschätzung entgegen, die sie verdient haben und sie haben nicht mehr das Gefühl, dass alles über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Zum anderen sind gut informierte BürgerInnen in

der Lage, selbst begründete Entscheidungen zu treffen. Deshalb ist eine ehrliche Informationspolitik eine essentielle Grundlage für mehr direkte Demokratie. Und mehr direkte Demokratie ist eine dringend notwendige Maßnahme, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich häufiger einzumischen als nur alle vier Jahre beim Gang zur Wahlurne.

Ganz besonders gilt es aber bei Jugendlichen, der Politikverdrossenheit entgegenzusteuern. Je früher Jugendliche aktiv in die Demokratie, in der sie leben, einbezogen werden, desto geringer ist die Gefahr, dass sie sich von ihr ausgeschlossen fühlen. Die Bundesländer müssen ermutigt werden, die Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen vor Ort, wie zum Beispiel Kinder- und Jugendvertretungen in Parlamenten, stärker gesetzlich zu verankern. Auch die Einführung des allgemeinen aktiven Wahlrechts ab 16 muss ein prioritäres Ziel unserer nächsten Bundestagsfraktion sein.

Die meisten von Euch kennen mich aus meiner Arbeit in der BVV und im Kreisverband und wissen, dass ich dabei offen und ehrlich meine Standpunkte vertrete. So offen und ehrlich möchte ich auch im Wahlkampf mit Bürgerinnen und Bürgern sprechen; um ihnen wieder Vertrauen in die Politik zu geben und um sie von unseren Grünen Inhalten zu überzeugen.

Was braucht Grüne Familienpolitik ab 2013?

Ein weiteres Thema, das wir in der nächsten Wahlperiode endlich ordentlich bearbeiten müssen, ist eine neue Familienpolitik. Viele Ziele Grüner Familienpolitik sind nach wie vor rich-

tig, zum Beispiel die Forderung nach einer Gleichstellung aller Familienformen oder nach dem Adoptionsrecht für Homosexuelle. Diese müssen wir nach der Bundestagswahl 2013 endlich konsequent umsetzen. Doch in anderen Bereichen gehen unsere Konzepte teilweise an den Lebensrealitäten der Familien vorbei. Wir haben unsere Politik zu sehr darauf ausgerichtet, Eltern (vor allem Mütter), schnellstmöglich wieder dem Arbeitsmarkt zuzuführen. Dass dies aber gar nicht den Wünschen vieler Eltern entspricht, haben wir zu lange ignoriert. Natürlich müssen wir auch weiter dafür kämpfen, dass Mütter eine eigenständige Existenzgrundlage mit eigener Altersvorsorge haben. Doch wir müssen uns auch um andere Bedürfnisse von Eltern, wie etwa mehr Zeit für die Kindererziehung, kümmern. Dafür reicht es nicht, die schwarz-gelbe Familienpolitik unter Kristina Schröder zu kritisieren – vielmehr brauchen wir eigene Konzepte, die die Vielfalt der Familienformen anerkennen und individuell unterstützen. Der Ausbau von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten muss dabei genauso eine Rolle spielen wie der Ausbau von Kita-Plätzen. Auch eine Form der Brücken-Grundsicherung wäre eine Option, Eltern individueller zu unterstützen. Außerdem stehe ich für eine möglichst schnelle Einführung der Kindergrundsicherung.

Ich bin davon überzeugt, dass eine Direktkandidatin aber nicht nur die eigenen Schwerpunkte vertreten können, sondern eine politische Generalistin sein muss. In meiner Tätigkeit als Referentin für unseren Landesvorstand habe ich jeden Tag mit den unterschiedlichsten Themenfeldern zu tun, kenne die Grüne Programmlage sehr gut und kann diese vertreten.

Bei der Landesmitgliederversammlung am 16. Februar bewerbe ich mich um Listenplatz fünf. Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr mir für diese Kandidatur Rückenwind gebt und mich als Direktkandidatin in Steglitz-Zehlendorf nominiert.

Herzliche Grüße,

Nina Stahs

Ich bin...

... 1982 in Frankfurt am Main geboren und wohne seit 2005 in Berlin Steglitz

... eigentlich Lehrerin, arbeite derzeit aber als Vorstandsreferentin für unseren Landesverband

... Mitglied des Kreisvorstands Steglitz-Zehlendorf

... Mitglied der BVV Steglitz-Zehlendorf, Schulausschussvorsitzende, jugend- und schulpolitische Sprecherin

Ehrenamtlich...

... habe ich in einem Projekt der Diakonie Menschen mit Demenz betreut

... habe ich mich 15 Jahre lang als Betreuerin von Kinder- und Jugendfreizeiten engagiert

In meiner Freizeit...

... lese ich gerne oder gehe ins Kino

... beschäftige ich mich mit Fotografie

Bei Fragen erreicht Ihr mich unter:

nina@gruene-suedwest.de